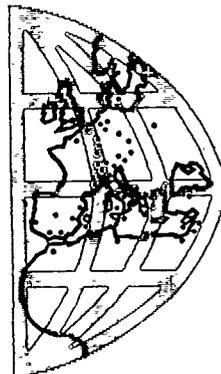


GROSSBRITANNIEN- IHRE FERIENINSEL

Großbritannien ist ein Land von besonderem Reiz. Malerisch anmutende Cottages und herrlich gemütliche Pubs und Inns — in sanfter parkähnlicher Landschaft. — Versteckt liegende Buchten mit sonnigem Strand an der englischen Riviera verlocken zum Baden! Und dabei ist Großbritannien so leicht zu erreichen. Ein angenehmer Flug bringt Sie schnell mit der modernen dreistrahligen BEA Trident dorthin. Auskünfte über Flugpauschalreisen in Ihrem IATA Flugreisebüro.



Fliegen Sie mit BEA —
Europas bevorzugte Fluglinie

BRITISH EUROPEAN AIRWAYS

Stahlwerk erhalten soll. Außerdem möchte die Gutehoffnungshütte in Galatz ein Hüttenwerk mit einer Kapazität von vier Millionen Tonnen bauen.

Bei diesem Milliardenprojekt wird die GHH nicht an der heiklen Kreditfrage scheitern. Sie darf mit Genehmigung der Bundesregierung so weit gehen wie die französische Konkurrenz: bis zu Krediten mit siebenjähriger Laufzeit. Damit hat die Bundesrepublik erstmals bei einem größeren Projekt die Abmachung der sogenannten Berner Union (internationales Übereinkommen, das die Laufzeit von Krediten auf fünf Jahre beschränkt) überschritten.

Im kommenden Monat soll Außenamts-Staatssekretär Lahr die politischen Früchte dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit ernten.

Eine Reise zur Industrieausstellung nach Bukarest gibt dem Bonner Chef-Unterhändler eine unauffällige Gelegenheit, die in aller Stille recht weit gediehenen Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest über die letzten Hürden zu bringen.

Kanzler Erhard jedenfalls hofft, daß Bonn bald in Bukarest durch einen Botschafter vertreten ist: „Noch vor den Wahlen.“

BUNDESLÄNDER

HESSEN

Flotter Schimmel

Sie trugen, wo sie gingen, stets eine Uhr bei sich. Denn wochenlang mußten hessische Staatsdiener auf die Minute genau über alles Buch führen, was sie getan und wieviel Zeit sie dafür benötigt hatten: fürs Händewaschen, fürs Aktenwälzen und für alle anderen Verrichtungen — dienstliche wie menschliche.

Diese unfreiwillige Selbstkontrolle war den Beamten und Angestellten im hessischen Wirtschaftsministerium vom Chef des Hauses, Albert Osswald, auferlegt worden. Sie sollte Anhaltspunkte für ein Spar-Programm liefern, mit dem Sozialdemokrat Osswald Parkinsons Gesetz auf den Kopf stellen will.

Die Therapie, die der Minister seinem Ressort dann verschrieb, war so konsequent wie die Untersuchung: Im hessischen Wirtschaftsministerium (das inzwischen Osswalds Parteifreund Rudi Arndt leitet) werden künftig nur noch drei statt der bisher acht Abteilungsleiter sitzen. Die Schiar der Referenten wurde von 34 auf 24 dezimiert.

Außerdem erhielten 40 Bedienstete im Stellenplan des Ministeriums den Vermerk „KW“ (Kann wegfallen): Falls die Gezeichneten durch Tod, Pensionierung oder Versetzung ausscheiden, werden ihre Posten nicht mehr neu besetzt.

Osswalds Abmagerungskur ist Auftakt einer Verwaltungsreform der hessischen Landesbürokratie. Die Regierung des sozialdemokratischen Musterlandes will endlich den schwerfälligen Amtschimmel, der seit Jahren hinter der gesellschaftlichen Entwicklung herzockelt, auf Trab bringen.

So soll das Innenministerium von bislang zehn auf sechs gewöhnliche und zwei kleine Spezial-Abteilungen reduziert werden. Sozialminister Hemsath will von seinen acht Abteilungen sogar

sechs abstoßen. Und Albert Osswald, der jetzt das Finanzministerium leitet, möchte auch sein neues Ressort gesundschumpfen lassen.

Sorge bereitet den Reformern indessen die Frage, ob sich die Beamtschaft der neuen, dem Vorbild des Industrie-Managements nachempfundenen Verwaltungsstromlinie anpassen wird. Osswald: „Eine solche Veränderung bedingt die Einführung eines entsprechenden neuen Verwaltungsstils.“

Um Vergleichsunterlagen über die bisherige Effektivität der Verwaltungsarbeit zu bekommen, entwarf das hessische Innenministerium ein Fragebogen-Sortiment. Mit seiner Hilfe sollen die Beamten aller Verwaltungen über Art und Nutzen ihrer Arbeit Auskunft geben.

Auf dem Vier-Seiten-Formular für eine „Arbeitsplatzbeschreibung“ fragen



Reform-Minister Osswald
Wasserkopf verdampft

die Reformer beispielsweise jeden Beamten nach Aufgabengebiet, Grad der Selbständigkeit des Handelns, Zusammenarbeit mit Dritten und Weisungsbefugnis.

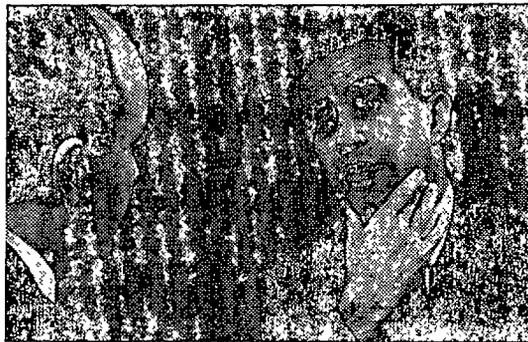
Jedes Tätigkeitsmerkmal wird mit einer bestimmten Anzahl Punkte bewertet. So erhält, wer „gleichförmige einfache Verrichtungen“ versieht, null Punkte, wer „überwiegend gleichartige Vorgänge“ bearbeitet, zwei und wer mit „fast nur verschiedenartigen Vorgängen“ betraut ist, sechs Punkte.

Die Versuchung, den eigenen Arbeitsbereich über Wert einzustufen, ist einkalkuliert: Die Formulare müssen jeweils von den Vorgesetzten nachgeprüft und abgezeichnet werden. Staatssekretär Schubert vom Innenministerium: „Natürlich hat mancher versucht, sich hochzujubeln. Das ist ja menschlich.“ Auch den Abteilungsleitern bleibt keine Chance, unzulässige Punkte zu sammeln. Ihre Bewertungsbogen werden vom Kabinett kontrolliert.

Den Erfindern dieses Systems, mit dessen Hilfe der Wasserkopf der Verwaltung eingedampft werden soll, sind freilich die Mängel der Frageaktion, die Ende Mai abgeschlossen wird, nicht verborgen geblieben — et-

„So viele Rasuren mit einer Klinge!“

Begeisterte Rasierer sprechen über die Rotbart Rostfrei:



In Hamburg:

„Ich bin begeistert — so unwahrscheinlich viele Rasuren mit einer einzigen Klinge hätte ich nie erwartet!“, sagt der Industriekaufmann Robert J. Hendricks, Hamburg-Garstedt, Am Birkenhof 18.

In Camberg im Taunus:
„Seitdem es die Rotbart Rostfrei gibt, kommt für mich bestimmt nur noch die Naßrasur in Frage. Gründlicher und sauberer geht es einfach nicht!“, meint der Importkaufmann Alexander Graf Alegiani, Camberg/Ts, Eichhornstr. 16.



In München:

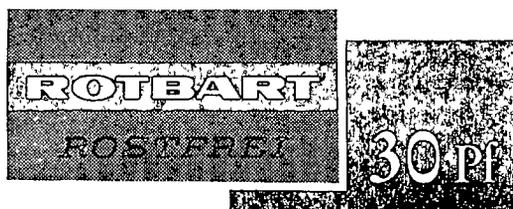
„Es ist ja unwahrscheinlich, wie weich und schonend jede einzelne Rasur damit ist!“, berichtet der Kfz-Handwerksmeister Karl Radlmaier, München, Hamannstr. 30

Darum auch für Sie

ROTBART ROSTFREI

die eisgehärtete Klinge mit der langen Lebensdauer für viele seidenweiche Rasuren.

Erstaunlich preiswert:



in der einkaufsgünstigen 3-Klingen-Packung für nur 90 Pfennig

wa die Tatsache, daß sich die Effektivität eines Beamten nach einem Punkte-Schema nur annähernd ermitteln läßt.

Reform-Vorreiter Osswald begnügte sich deshalb nicht allein mit der Fragebogenaktion. Er engagierte den Gießener Magistratsrat a. D. Willy Rahn, Leiter der Gesellschaft für Organisationswesen und Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Rahn durchkämmte zwei Wochen lang den sandfarbenen Bau am Wiesbadener Kaiser-Friedrich-Ring bis in den letzten Registratur-Winkel und prüfte im Gegensatz zur Dienstpostenbewertung, die nur Beamte betrifft, auch die Angestellten des Wirtschaftsministeriums auf ihren Arbeitsnutzen. 14 Tage lang mußte jeder aufschreiben, was er während der Dienstzeit getrieben hatte.

Osswalds Bedienstete leisteten passiven Widerstand. Ein Teil hielt die Arbeitsaufzeichnungen so allgemein, daß sich das Unternehmen um zwei Monate verzögerte. Rationalisierungsfachmann Rahn mußte zusätzlich ermitteln, Akten studieren und an einigen Arbeitsplätzen selbst die Angaben überprüfen.

Ergebnis der Rahn-Recherchen: Osswald-Nachfolger Rudi Arndt kann nach

beschneidung. Wird hingegen ermittelt, daß ein Oberregierungsrat die Arbeit eines Regierungsdirektors leistet, so soll er befördert werden.

Für derlei Fälle hat die reformfreundige Landesregierung im Etat vorsorglich drei Millionen Mark eingeplant.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Frühes Alter

Nordrhein-Westfalens Sozialdemokraten möchten gern verhindern, daß Europas jüngstes Kabinett (Durchschnittsalter 50 Jahre) zu einem Klub von Frühpensionären wird: Sie bremsen im Düsseldorfer Landtag ein Gesetz, nach dem jedem Minister ihres Landes unabhängig von seinem Alter eine lebenslängliche Pension gezahlt werden soll, wenn er nur vier Jahre Amtszeit hinter sich gebracht hat.

Dieses in der Bundesrepublik einmalige Gesetz befand sich Mittwoch letzter Woche bereits in der zweiten Lesung, als die SPD-Fraktion plötzlich querschoß. Überraschend beantragte Oppositionschef Heinz Kühn abermalige

oder während einer Wahlperiode mindestens drei Jahre bekleidet“ hat.

In einer Gesetzesnovelle, die am 12. Mai vorigen Jahres vom Kabinett verabschiedet wurde, fehlte nunmehr die Altersklausel: Pensionsberechtigt sollte nach fünfjähriger Amtszeit künftig jeder Minister unabhängig von seinem Alter sein — die Auszahlung freilich sollte bis zum 55. Lebensjahr ruhen.

Als bald wurde die Öffentlichkeit mobil. Der Bund der Steuerzahler nörgelte, hier werde „das Versorgungsdenken in besorgniserregender Weise mit dem Ministeramt“ verknüpft. Selbst in den eigenen Reihen stieß Ministerpräsident Meyers auf Kritik. CDU-Sprecher Wehmeier: „Wir sind nicht der Meinung, daß wir in allen Fällen den Vorschlägen des Entwurfs folgen sollten.“

Tatsächlich wurde der Regierungsentwurf dann auch verändert — und erweitert. Bei Stimmhaltung der SPD legten Christliche und Freie Demokraten im Hauptausschuß fest, daß die Landesminister ohne Rücksicht auf ihr Alter Pensionszahlungen erhalten nach

- ▷ vierjähriger Amtszeit mit 55 Jahren,
- ▷ sechsjähriger Amtszeit mit 50 Jahren und
- ▷ achtjähriger Amtszeit sofort nach dem Ausscheiden aus dem Amt.

Politiker, denen der Sprung auf einen nordrhein-westfälischen Ministersessel glückt, brauchen mithin nur eine Legislaturperiode durchzuhalten, um sich in jungen Jahren schon eine passable Altersversorgung zu sichern**.

Alle anderen westdeutschen Minister haben es da schwerer: In den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, in Berlin sowie in der Bundesregierung erwerben Minister oder Senatoren zwar auch schon nach nur vier Amtsjahren einen Pensionsanspruch — aber nur dann, wenn sie beim Ausscheiden das 50. oder 55. Lebensjahr erreicht haben.

In den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg, im Saarland und in Schleswig-Holstein müssen Minister oder Senatoren sogar mindestens fünf Jahre im Amt gewesen sein, ehe sie Pensionsanspruch haben. Schleswig-Holstein zahlt seinen Ministern das Ruhegeld sofort nach dem Ausscheiden aus der Regierung, Senatoren in Bremen und Hamburg müssen bis zu ihrem 55. Lebensjahr auf den Zahlungsbeginn warten. Saarländische Minister schließlich bekommen Pension nur dann, wenn sie bei Aufgabe ihres Amtes wenigstens 55 Jahre alt sind.

Findet die nordrhein-westfälische Regelung, wie es sich die CDU/FDP-Koalition wünscht, noch in dieser Legislaturperiode die Billigung des Landtags, sind die Minister des Landes selbst dann aller Sorgen ledig, wenn sie bei der Landtagswahl im nächsten Jahr ihre Sessel der SPD überlassen müßten. Alle Minister bis auf einen würden dann mindestens vier Jahre im Amt und mithin pensionsberechtigt sein, obgleich drei (Mikat, Lemmer, Grundmann) gerade erst 40 und drei weitere (Niermann, Kienbaum, Weyer) noch keine 50 Jahre alt wären.

Im Landtags-Plenum lobte denn auch ein FDP-Sprecher die Gesetzesvorlage: sie sei „fürsorgerischer Natur“. Darauf Oppositions-Kühn spitz: „Dann können wir ja auch noch im Sozialausschuß darüber beraten.“



NRW-Kabinett*: Nach vier Jahren ausgesorgt?

der Reduzierung der Abteilungen und Referate nun auch die Zahl seiner Beamten vermindern. Nach Rahns Plänen können von den insgesamt 279 Stellen 90 abgebaut werden. Jährliche Einsparung: rund 1,6 Millionen Mark.

Hessens Behördenchefs sollen dem guten Beispiel im Wirtschaftsministerium alsbald folgen. Vorerst freilich wird die Einsparung Geld kosten. Denn wenn sich etwa bei der Dienstpostenbewertung herausstellt, daß die Arbeit eines Regierungsrats auch von einem Inspektor bewältigt werden könnte, dann schützt das Beamtenrecht den Stelleninhaber vor Degradierung und Sold-

* Nach der Amtseinführung 1962; von links: Mikat (Kultur), Kienbaum (Wirtschaft), Sträter (Justiz), Weyer (Inneres), Grundmann (Arbeit), Ministerpräsident Meyers, Blank (Inzwischen ausgeschieden), Niermann (Landwirtschaft), Pütz (Finanzen), Lemmer (Bundesangelegenheiten).

** Das ruhegeldfähige Gehalt eines Ministers beträgt monatlich 5000 Mark zuzüglich mindestens 400 Mark für Wohnung und Ortszuschlag. Nach vierjähriger Amtszeit würden 43 Prozent dieser Summe als Pension ausgezahlt, rund 2300 Mark.

Beratung im Hauptausschuß des Landtags. Kühns Argument: Man solle mit der endgültigen Verabschiedung warten, „bis das entsprechende Bundesgesetz vorliegt, um zu einer einheitlichen Regelung zu kommen“.

Angesichts der nahenden Bundestagswahl verzichteten die Regierungsparteien CDU und FDP auf eine öffentliche Kraftprobe im Plenum. Sie zogen es vor, die Debatte um das „etwas prekäre Gesetz“ (so Ministerpräsident Meyers) bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu vertagen und stimmten der Rückverweisung an den Ausschuß zu.

Die Sorge vor dem Alter war den Meyers-Junioren vor einem Jahr, bei Halbzeit der Legislaturperiode, gekommen. Zwei Jahre nach Beginn der Regierungsarbeit befand das Kabinett des größten und reichsten Bundeslandes das alte Ministergesetz von 1953 für ungenügend: Ruhegehalt stand danach nur demjenigen Regierungsmitglied zu, das „bei seinem Ausscheiden aus dem Amt das 50. Lebensjahr vollendet“ und sein Amt „insgesamt mindestens fünf Jahre